

# Gemeinde Lindlar



Auskunft erteilt: Oliver Flohr  
Geschäftszeichen:  
Zimmer Nr.: 400  
Telefondurchwahl: (02266) 96 408  
Telefax: (02266) 96 7 408  
E-Mail: [oliver.flohr@gemeinde-lindlar.de](mailto:oliver.flohr@gemeinde-lindlar.de)  
Homepage: <http://www.lindlar.de>

Lindlar, den 25. Mai 2011

## Niederschrift

Sehr geehrte Damen und Herren,  
anbei erhalten Sie die Niederschrift zur Kenntnisnahme.  
Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hermann-Josef Tebroke  
Bürgermeister

Gremium	Sitzungs-Nr.
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>12</b>
Sitzungsort	Sitzungstag
Sitzungssaal des Rathauses, Borromäusstr. 1, 51789 Lindlar 4. Obergeschoss, Raum 402	17.05.2011
Sitzungsbeginn	Sitzungsende
17:30 Uhr	20:12 Uhr

<b>Anwesend:</b>	<b>Entschuldigt fehlten:</b>
<p><b>Vorsitzender</b></p> <p>Tebroke, Dr. Hermann-Josef</p>	
<p><b>Mitglieder</b></p> <p><b>CDU-Fraktion:</b>  Broich, Elisabeth  Fischer, Achim  Krieger, Dr. Klemens            ab Top 5  Kümper, Manfred  Orbach, Wilfried  Orbach, Harald  Puschatzki, Eckhard  Schmitz, Hans  Stadler, Wolfgang  Walter, Ortwin</p> <p><b>SPD-Fraktion:</b>  Dreiner-Wirz, Jürgen  Freiberg, Lutz  Kremer, Karl-Egon  Voß, Heribert</p> <p><b>Bündnis 90/Die Grünen:</b>  Heuwes, Patrick  Schlichtmann, Jörg</p> <p><b>FDP-Fraktion:</b>  Burczyk, Dieter  Frieese, Harald</p>	
<p><b>von der Verwaltung:</b></p> <p>Hütt, Werner</p>	

# behandelte Tagesordnung

**zur 12. Sitzung des  
Haupt- und Finanzausschusses  
der Gemeinde Lindlar  
am 17.05. 2011**

<b>TOP</b>	<b>Beratungsgegenstand - Öffentlicher Teil -</b>
1.	Feststellung der form- und fristgerechten Einberufung und Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses
2.	Benennung eines Schriftführers
3.	Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.03.2011 <i>- öffentliche Sitzung -</i>
4.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.03.2011 <i>- öffentliche Sitzung -</i>
5.	Klage gegen die Kreisumlage und gegen das GFG
6.	Papierlose Ausschuss- und Ratsarbeit in Lindlar hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 8.4.2011
7.	Berichtswesen für den NKF-Haushalt 2011
8.	Antrag auf Anpachtung der Dachfläche der Turnhalle Hartegasse zur Errichtung einer Photovoltaikanlage
8 a	Anpassung des Raumkonzepts in der Grundschule Schmitzhöhe
8 b	Breitbandversorgung in der Gemeinde Lindlar
9.	Informationen der Verwaltung
10.	Verschiedenes
<b>TOP</b>	<b>Beratungsgegenstand - Nichtöffentlicher Teil -</b>
11.	Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.03.2011 <i>- nichtöffentliche Sitzung -</i>
12.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.03.2011 <i>- nichtöffentliche Sitzung -</i>
13.	Informationen der Verwaltung
14.	Verschiedenes

## Öffentlicher Teil

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17:30 Uhr. Er begrüßt die Ausschussmitglieder, die anwesenden Zuschauer sowie die Vertreterin der Presse.

Er verweist auf die mit Schreiben vom 12. Mai 2011 nachgesandte Sitzungsvorlage – öffentlicher Teil – zu

**TOP 5:       Klage gegen die Kreisumlage und gegen das GFG**

und den aktualisierten Ergebnisbericht zu

**TOP 7:       Berichtswesen.**

Weiterhin wird in dem Schreiben vorgeschlagen, aufgrund der aktuellen Beratungen im Schulausschuss die Sitzung um den

**TOP 8a:      Anpassung des Raumkonzeptes in der Grundschule Schmitzhöhe**

– öffentlicher Teil – zu erweitern.

Außerdem verweist er auf das Schreiben vom 16. Mai 2011 mit dem Vorschlag, die Tagesordnung um den

**TOP 8b:      Breitbandversorgung in der Gemeinde Lindlar**

– öffentlicher Teil – zu erweitern.

Gegen die Erweiterung der Tagesordnung werden keine Einwände vorgetragen.

**Zu TOP 1:**

**Feststellung der form- und fristgerechten Einberufung und Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses**

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einberufung und Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest.

**Zu TOP 2:**

**Benennung eines Schriftführers**

**Beschluss:**

Als Schriftführer für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wird Herr Hütt bestellt.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	einstimmig
-----------------------------	------------

**Zu TOP 3:****Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.03.2011 - öffentliche Sitzung -**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

**Zu TOP 4:****Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.03.2011 - öffentliche Sitzung -**

Da keine Einwände oder Beanstandungen vorgebracht werden, stellt der Vorsitzende die Richtigkeit der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.03.2011 - öffentlicher Teil - fest.

**Zu TOP 5:****Klage gegen die Kreisumlage und gegen das GFG**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

AM Freiberg setzt sich als Mitarbeiter des Oberbergischen Kreises wegen Befangenheit zurück.

Der Bürgermeister gibt einen ausführlichen Bericht bezüglich der beabsichtigten verwaltungsgerichtlichen Klage der Gemeinde Nümbrecht gegen die Kreisumlage 2011.

AM Hans Schmitz erläutert für die CDU, dass das bisherige Finanzierungssystem so nicht mehr weitergehen kann und dass der Oberbergische Kreis seinen großen Ermessensspielraum nicht ausübt. Dem Kreis werden übergeordnete Aufgaben ohne entsprechende Kostenerstattungen auferlegt (Verletzung des Konexitätsprinzips), des Weiteren muss ein Signal gegeben werden "So geht's nicht. Halt!". Die Klage gegen den Oberbergischen Kreis soll auch deswegen geführt werden, damit das System in Frage gestellt wird. Die kommunale Selbstverwaltung ist in Gefahr. AM Hans Schmitz sieht, dass der Klageerfolg gering sein wird, aber der Handlungsspielraum wird immer geringer.

AM Dreiner-Wirz berichtet, dass die SPD auch für eine Klage ist. Es geht um die Signalwirkung gegen die Umlageeinrichtung Oberbergischer Kreis und LVR. Mögliche Einsparungen sind beim Oberbergischen Kreis noch nicht vorgenommen worden, wie zum Beispiel, auch wenn nur gering, das neue Logo. Selbst Kreistagsabgeordnete werden vom Oberbergischen Kreis nicht beteiligt oder informiert.

AM Heuwes berichtet, dass die Klage aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen keinen Erfolg haben wird. Wenn sich zehn Kommunen an der Klage beteiligen sind dies immerhin 30.000 € Steuergelder. Mit diesem Geld kann man auch etwas Anderes machen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird daher dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

AM Friese berichtet für die FDP Fraktion, dass sie die Klage solidarisch mit unterstützen, da der Handlungsspielraum in den einzelnen Kommunen immer kleiner wird.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt – wie im Haushalt 2011 vorgesehen –, das beabsichtigte verwaltungsgerichtliche Verfahren der Gemeinde Nümbrecht gegen die Kreisumlage in einem Umfang von bis zu 3.000,00 € finanziell zu unterstützen.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	0
	Ja-Stimmen	15

**Zu TOP 6:****Papierlose Ausschuss- und Ratsarbeit in Lindlar****hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 8.4.2011**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Der Bürgermeister erläutert den Sachverhalt und die Gründe, weshalb in der Vorlage die Anschaffung eines von Laptop-Pools in der Vorlage nicht weiter betrachtet und stattdessen ein jährlicher Zuschuss an Ratsmitglieder und sachkundige Bürger für die Nutzung eigener Computer und Drucker betrachtet wird.

AM Hans Schmitz berichtet, dass aus Sicht der CDU die Einsparung überraschend gering sei. Des Weiteren sei die Nutzung der Laptops für einige Ratsmitglieder nicht möglich. Außerdem ist der Einsatz bei sachkundigen Bürgern und deren Vertretern nur sehr schwer umsetzbar. Er stellt die Frage welche Gemeinden dies schon so praktizieren.

AM Dreiner-Wirz berichtet, dass diese Kommunikation für die SPD Fraktion nicht zumutbar und nicht tragbar sei. Für die Demokratie sei dies nicht erstrebenswert.

AM Schlichtmann spricht sich für ein Optionsmodell aus. Jedes Ratsmitglied oder Ausschussmitglied könne frei wählen, ob es die Einladungen oder Niederschriften elektronisch oder in Papier haben möchte. Hierfür müssten dann nur die Datenzugänge erweitert werden. Dem derzeitigen "Ratsinformationssystem" fehlen Suchfunktionen und die Dokumente sind nur in PDF-Format abrufbar. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen würden das System in einer abgeschwächten Form unterstützen.

AM Friese erläutert den gestellten Antrag. Bekanntlich müsse jedem Ratsmitglied bei der Beschlussfassung aus Gründen der Rechtssicherheit alle Unterlagen vorliegen. Des Weiteren möchte er, dass ihm alle Post auch elektronisch zugesandt wird, da er diese dann besser elektronisch abspeichern kann. Grundsätzlich könnte er sich ein Optionsmodell vorstellen.

Es folgt eine rege Diskussion. Daraufhin ergeht folgender

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt folgende Punkte zu überprüfen:

- 1.) Klärung der Rechtssicherheit
- 2.) Verbesserung des Online-Angebotes, insbesondere das Einrichten einer Suchfunktion
- 3.) Die Einführung eines Optionsmodells zu prüfen und zu klären, welche Nachbargemeinden den Sitzungsdienst elektronisch durchführen

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	einstimmig
-----------------------------	------------

#### **Zu TOP 7:**

#### **Berichtswesen für den NKF-Haushalt 2011**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Herr Hütt erläutert die Ergebnisrechnung zum 31. 03.2011.

AM Hans Schmitz bedankt sich für den ersten Quartalsbericht 2011 und regt an, zukünftig bei den größeren Abweichungen eine kurze Erläuterung zu geben.

AM Dreiner-Wirz fragt die Verwaltung, ob aufgrund der hohen Reparaturen der Straßen nicht eine Neubewertung des Vermögens oder eine Abschreibungsanpassung vorgenommen werden muss. Hierzu berichtet Herr Hütt, dass die Bewertung der Straße nach dem so genannten Vorsichtsprinzip vorgenommen wurde und er zurzeit eine Neubewertung nicht für erforderlich hält.

AM Heuwes erläutert, dass der Quartalsbericht gegenüber dem Ist-Ergebnis um 100 % schlechter ausgefallen ist. Er fragt nach Gegensteuerungsmaßnahmen.

AM Friese erläutert, dass ein erster Quartalsbericht nach seiner Einschätzung immer ungenau ist, zumal eine Verwaltung die Einnahmen im laufenden Jahr nur gering, oder gar nicht beeinflussen kann. Er regt jedoch an, dass im zweiten Quartalsbericht, die Ausgaben mit einem Minuszeichen dargestellt werden, da ansonsten die Abweichungen falsch zu deuten wären.

Herr Hütt sagt für die nächsten Quartale eine andere Darstellung zu. Des Weiteren geht er auf den Entwurf des GFG 2011 ein, der diese Woche vom Landtag beschlossen werden soll. Nach Mitteilung des Städte- und Gemeindebundes wird es zur dritten Lesung keine Änderung zum GFG geben, sodass man davon ausgeht, dass der Entwurf so beschlossen wird. Damit wird die Gemeinde Lindlar rund 2,5 Mio. € weniger an Schlüsselzuweisungen in 2011 erhalten.

Das heutige Gewerbesteuer-Soll beträgt für 2011 7,4 Mio. € und liegt damit rund 1 Mio. € höher als zum Stichtag 31.03.2011.

Aufgrund der Mai-Steuerschätzung kann die Gemeinde Lindlar für 2011 rund 200.000 € bei den allgemeinen Steuern und beim Anteil an der Einkommenssteuer rund 130.000 € an Mehreinnahmen erzielen. Beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer sind dies rund 23.000 €.

**Zu TOP 8:****Antrag auf Anpachtung der Dachfläche der Turnhalle Hartegasse zur Errichtung einer Photovoltaikanlage**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

AM Hans Schmitz vertritt die Auffassung, dass aufgrund der dringend notwendigen Wärmeisolierungen an der Hallenaußenwand und weiterer größerer Dachsanierungen die Dachfläche vorerst nicht an Privatpersonen vermietet werden sollte.

AM Freiberg unterstützt den Antrag von Herrn Hörter und Herrn Klein, nach seiner Auffassung sollte die Gemeinde Dachflächen auch an Private verpachten.

AM Heuwes erklärt, dass die Anlage in Hartegasse auch an Privatpersonen vermietet werden sollte. Sofern Sanierungen anstehen, müsste im Vertrag geregelt werden, dass der Betreiber dann die Photovoltaikanlage demontiert und auf eigene Kosten wieder montiert.

AM Friese stellt fest, dass der private Anbieter, hier die GbR Hörter & Klein die Anlage preisgünstiger errichten können, als dies eine EGL kann.

Der Bürgermeister erläutert hierzu, dass die regenerative Generation die Anlage an die GbR Hörter & Klein zu Einkaufspreisen verkaufen und errichten kann, wogegen eine EGL die Verkaufspreise zahlen muss. Das Dach der Turnhalle in Hartegasse muss aller Voraussicht nach während der angestrebten Vertragslaufzeit saniert werden. Hierfür müsste dann die Photovoltaikanlage abmontiert und wieder montiert werden. Es wäre zu klären, ob die damit verbundenen Kosten und Erlösausfälle von der GbR Hörter & Klein übernommen würden.

AM Friese erkundigt sich nach den vertraglichen Regelungen der bisher abgeschlossenen Verträge mit der EGL bezüglich einer notwendigen Dachreparatur. Er bittet dem Protokoll einen Vertragsauszug beizufügen. Der Auszug ist der Niederschrift aus Anlage I beigelegt.

In der weiteren Diskussion kommt der Ausschuss zu dem Ergebnis, dass aufgrund des Stichtages 30.06.2011 zur Inbetriebnahme der Photovoltaikanlage die GbR Hörter & Klein gefragt werden soll, ob sie bei einer Dachreparatur bereit sind, die Photovoltaikanlage abzubauen und wieder neu zu montieren. Daher wird die Entscheidung in den Gemeinderat am 25.05.2011 verwiesen.

**Zu TOP 8a:****Anpassung des Raumkonzepts in der Grundschule Schmitzhöhe**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

AM Hans Schmitz spricht sich für den Beschluss des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur aus, bittet jedoch, dass die optional genannten Positionen nach den Wirtschaftlichkeitskriterien ausgeführt werden. Dieser Auffassung ist auch Ausschussmitglied Dreiner-Wirz. Er bittet weiterhin, dass die Brandschutzmaßnahmen vorher möglichst genau erfasst und kalkuliert werden.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt:

- 1.) Die Verwaltung wird beauftragt, den ehemaligen Randstundenraum im Altbau der GGS Schmitzhöhe sofort für einen ordnungsgemäßen Schulbetrieb herzurichten.
- 2.) Die Abtrennung eines Klassenraumes ist für das Jahr 2012 vorzusehen.
- 3.) Nach Fertigstellung des Klassenraumes ist die Pavillonanlage umgehend abzureißen und zu entsorgen.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	einstimmig
-----------------------------	------------

**Zu TOP 8b:****Breitbandversorgung in der Gemeinde Lindlar**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

AM Dreiner-Wirz erkundigt sich, ob er als Bürger von Brochhagen sich wegen Befangenheit zurücksetzen muss. Der Bürgermeister erläutert hierzu, dass hier das Gemeinwohl im Vordergrund stehe und er in diesem Fall keine unmittelbare Befangenheit erkennen könne. AM Dreiner-Wirz erklärt, dass er sich wegen Befangenheit zurücksetzt.

Der Bürgermeister gibt einen ausführlichen Bericht über die Breitbandversorgung in der Gemeinde Lindlar.

AM Hans Schmitz berichtet, dass aus Sicht der CDU die DSL-Technologie in Lindlar dringend erforderlich ist. Die notwendigen Mittel stehen im Haushaltsplan 2011 zur Verfügung und sollten daher für die Ortschaft in Linde verwendet werden.

AM Freiberg erläutert, dass die SPD der von der Verwaltung vorgeschlagenen Reihenfolge zustimmen wird.

AM Heuwes und Ausschussmitglied Friese sind ebenfalls der Auffassung, dass die GAK-Mittel für Linde verwendet werden sollen.

Der Bürgermeister erläutert, dass aufgrund der hohen Deckungslücke in Höhe von rund 331.000 € für Brochhagen, Hartegasse und Kapellensüng versucht werden sollte, die Baumaßnahmen in zwei Bereiche aufzuteilen, da pro Jahr max. 200.000 € Baumaßnahmen zu 90 % bezuschusst werden.

**Beschluss:**

Der weitere Ausbau der Breitbandversorgung soll unter Inanspruchnahme der Fördermittelmittel aus dem GAK-Programm für die Ortschaft Linde erfolgen.

Die Bedarfabfrage, welche für die Beantragung der Fördermittel notwendig ist und nach einem von der Bezirksregierung in Köln vorgege-

benen Formblatt durchzuführen ist, soll nicht nur für die Ortschaft Linde, sondern auch bereits für die Ortschaften Brochhagen, Hartegasse und Kapellensüng veranlasst werden.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	einstimmig
-----------------------------	------------

## **Zu TOP 9: Informationen der Verwaltung**

1.) Einrichtung eines Arbeitskreises Schulentwicklungsplan  
Der Ausschuss für Schule, Sport und Kultur hat beschlossen, zur Vorbereitung der Stellungnahme zum Schulentwicklungsplan der Gemeinde Engelskirchen einen Arbeitskreis einzurichten. Der Ausschuss wird wie folgt besetzt:

Vorsitzender: Ortwin, Walter

CDU: Broich, Elisabeth; Schmitz, Hans; Hotopp, Petra; Willmer, Thomas

Vertreter: alle Mitglieder des Schulausschusses

SPD: Mielke, Steffen; Voß, Heribert

FDP: Friese, Harald

Bündnis 90/Die Grünen: Heuwes, Patrick

2.) Der Bürgermeister berichtet, dass er an der Bauausschusssitzung des Landschaftsverbandes am 17.05.2011 teilgenommen hat. Hier ging es um die Weiterentwicklungen der Liegenschaft "Schloss Heiligenhoven". Die Sitzungsvorlage des LVR ist als Anlage II der Niederschrift beigefügt. Der Bauausschuss des LVR hat nunmehr beschlossen, 1. sich weiter nach einem Pächter umzusehen und zugleich 2. dass das Schloss nunmehr auch verkauft werden kann. Sollte einer der AM einen Interessenten kennen, bittet er, dass dieser ihm oder auch direkt der Kämmerin des Landschaftsverbandes Frau Hötte genannt und weiter vermittelt wird. Der Bürgermeister hat der Kämmerin nochmals ausdrücklich die Unterstützung der Gemeinde Lindlar im Rahmen ihrer Möglichkeiten zugesagt, etwa im Rahmen bei der Schaffung von Baurecht oder auch bei der Errichtung eines notwendigen Bürogebäudes für die Museumsverwaltung.

## **Zu TOP 10: Verschiedenes**

1) AM Friese verweist auf eine Mitteilung vom Städte- und Gemeindebundes zur Anschlussfinanzierung Nr. 167 der KfW.

2.) Auf Nachfrage, ob das Feuerwehrtkartell an die Gemeinde eine Entschädigung zahlen muss, berichtet der Bürgermeister, dass die Gespräche des Städte- und Gemeindebundes mit den Kartellanten noch nicht zu dem erwünschten Ergebnis geführt habe. Immerhin sei das von der Gemeinde Lindlar jüngst bestellte Fahrzeug zwischenzeitlich ausgeliefert. Die Rechnung im Hinblick auf mögliche Nachteile der Gemeinde Lindlar aus den Absprachen der Kartellanten zu kürzen, wird vom Städte- und Gemeindebund nicht empfohlen.

**Ende des öffentlichen Teils**

Anlage I

**Hütt, Werner**

---

**Von:** Reiter, Thomas  
**Gesendet:** Donnerstag, 19. Mai 2011 07:50  
**An:** Hütt, Werner  
**Cc:** Käsbach, Harald  
**Betreff:** Dachpachtverträge mit der EGL - Regelung bei Dachsanierungsarbeiten

Guten Morgen Herr Hütt,

Herr Käsbach bat mich, Ihnen für die Niederschrift zur letzten HFA-Sitzung die in den Verträgen mit der EGL enthaltene Regelung für den Fall von notwendigen Dachsanierungsarbeiten mitzuteilen. In allen EGL-Verträgen ist in § 7 Nr. 8 folgende Formulierung zu finden:

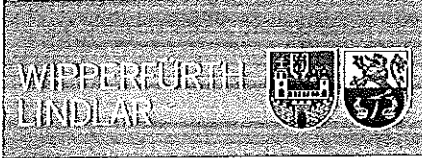
*(8) Die Vermieterin ist berechtigt, Instandsetzungs- und Installationsarbeiten am und im Gebäude einschließlich baulicher Veränderungen zur Erhaltung oder Umnutzung des Gebäudes und an den zur Nutzung überlassenen Dachflächen vorzunehmen. Dabei hat sie Beeinträchtigungen des Betriebes der Fotovoltaikanlage auf ein Minimum zu beschränken. Die Vermieterin hat die Mieterin, außer bei Gefahr in Verzug, wenigstens 2 Wochen vorher vom Beginn der Arbeiten zu informieren. Die Mieterin ist verpflichtet dafür zu sorgen, dass die von der Vermieterin durchzuführenden Arbeiten gefahrlos und ohne Behinderungen durchgeführt werden können. Sofern dies zur Durchführung der Arbeiten unerlässlich ist, weil diese auf andere Art und Weise nicht realisiert werden können, hat die Mieterin auf Verlangen der Vermieterin die Anlage abzuschalten oder ganz oder teilweise auf eigene Kosten vorübergehend zu demontieren. Der Mieterin steht in den vorstehend dargestellten Fällen kein Entschädigungsanspruch gegen die Vermieterin wegen etwaiger Ausfallzeiten zu.*

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Thomas Reiter  
Stellv. des Fachleiters

Zentrales Grundstücks- und Gebäudemanagement  
Gemeinde Lindlar  
Der Bürgermeister  
Borromäusstraße 1  
51789 Lindlar  
Telefon: +49 2266 96 - 325  
Telefax: +49 2266 96 - 7 325  
E-Mail: thomas.reiter@gemeinde-lindlar.de  
Internet: www.lindlar.de

20.05.2011



TIPP DES TAGES



Hier haben Mädchen ab sofort Zeit zum gemeinsamen Quatschen, Kochen, Kennenlernen, kreativen Gestalten, Spaß haben und mehr. Immer dienstags von 17 bis 19 Uhr gibt es im Jugendzentrum Horizont an der Pöllerhofsstraße in Lindlar jetzt eine „Girls Time“ für Mädchen ab zwölf Jahren.

# Kein Geld für eine Sanierung

## Landschaftsverband Rheinland stellt Weichen für den Verkauf von Schloss Heiligenhoven

Nachdem die Zahlen von 2005, nach denen das Schloss Heiligenhoven in Lindlar für 4,9 Millionen Euro zum einem Hotel- und Tagungszentrum umgebaut werden soll, nicht mehr aktuell sind und die Sanierung den LVR deutlich mehr kosten würde, steht jetzt erstmals ein Verkauf zur Debatte. Heute stellt der Bauausschuss des LVR die Weichen für diese Entscheidung.

Von SABINE LUDWIG

„Wenn der LVR nicht die notwendigen Investitionen vornimmt, wäre man am schlech-

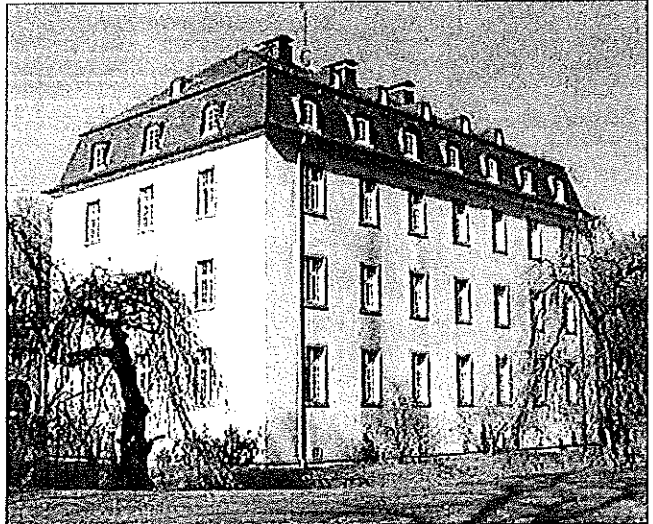
testen beraten, so lange zu warten, bis wieder Geld da ist“, sagt Bürgermeister Dr. Hermann-Josef Tebroke. „Daher begrüße ich außerordentlich die Entscheidung, dass der Beschlussvorschlag um einen möglichen Verkauf erweitert worden ist.“

**Monatlich 42 000 Euro Pacht**

Rund 60 000 Euro kostet den LVR zurzeit jährlich die Unterhaltung des Gebäudes. Nur notdürftig wird repariert, der Sanierungs- und Modernisierungsaufwand ist enorm. Während die Sanierungs- und Umbaukosten für das Schloss zu einem Hotel- und Tagungszentrum im Jahr 2005 auf 4,9 Mil-

lionen Euro beziffert werden, sind diese Zahlen mittlerweile überholt. In den Unterlagen zum LVR-Bauausschuss werden je nach Planungsvariante zwischen 6,6 und 7,8 Millionen Euro genannt.

Während das Schloss ursprünglich Tagungszentrum des LVR werden sollte, ist den Unterlagen zufolge auch klar geworden, dass der LVR dieses nicht wirtschaftlich betreiben kann. Ein Pächter sei notwendig – allerdings müsste der den Zahlen zufolge monatlich rund 42 000 Euro Pacht aufbringen, damit der LVR kostendeckend arbeiten kann. Zusätzlich würde die Pacht in den kommenden 20 Jahren jährlich um zwei Prozent steigen, Betriebskosten wären dabei noch gar nicht eingerechnet. Und so würde vergebens



Erstmals wird vom LVR der Verkauf von Schloss Heiligenhoven ins Auge gefasst. (Archivfoto: Hillenbach)

### ZUR GESCHICHTE

Das Gebäudeensemble in Heiligenhoven wurde bereits im 14. Jahrhundert urkundlich erwähnt. Nach diversen Besitzerwechseln gelangte es Mitte des 18. Jahrhunderts in das Eigentum der Reichsritter von Brück, die das Nebengebäude in Grauwacke in der noch heute erhaltenen Form errichten ließen. Die bis zu diesem Zeitpunkt noch existierende Burg wurde durch einen Herrenhaus-Neubau ersetzt. Ende des 18. Jahr-

hunderts stockte Freiherr von Fürstenberg-Herdringen als neuer Eigentümer das Herrenhaus um eine weitere Etage auf, wobei das Material aus dem eingestürzten Altenberger Dom stammte.

1928 gelangte das Schloss nach Erwerb durch den Kreis Wipperfurth in öffentlichen Besitz. Weitere Eigentümer- und Nutzerwechsel folgten. In der NS-Zeit wurde es als Kaserne

des Reichsarbeitsdienstes und als Unterkunft für den NS-Landdienst genutzt. In den 50er Jahren wurde die Liegenschaft an die Stegerwald-Stiftung verkauft. In den 70er Jahren wurde das Hauptgebäude durch einen Brand zerstört. Der Wiederaufbau erfolgte als Familienheimstätte, die der LVR 1999 erwarb. Heute ist im Hauptgebäude die Verwaltung des Freilichtmuseums untergebracht. Quelle: LVR

seit längerem versucht, die Liegenschaft an einen Betreiber zu verpachten“, heißt es. „Erstmals ist der LVR nun anscheinend daraufhin bereit, auch einen Verkauf zu erwägen. Nach dem dem Bauausschuss vorliegenden Be-

schlussvorschlag will man zwar weiterhin nach einem Pächter suchen, andererseits aber auch die Veräußerung des Hauses nicht ausschließen. Bürgermeister Dr. Hermann-Josef Tebroke wünscht sich letztere Lösung, denn „ich

weiß, dass es Interessenten gibt, die ernsthaft Interesse an der Liegenschaft haben“. Gleichzeitig hofft er, dass der LVR das Gebäude „lieber niedriger veräußert, um einem Investor auch zu ermöglichen, das Haus weiter zu führen.“

# 18 Monate Haft auf Bewährung

## 44-jähriger Frührentner trat auf am Boden liegenden Senior ein

WIPPERFÜRTH. Wegen gefährlicher Körperverletzung musste sich jetzt ein 44-jähriger Frührentner vor dem Wipperfürther Amtsgericht verantworten.

Laut Aussage des Geschädigten, des 78-jährigen Vorsitzenden des Modellfliegerclubs hatten die Modellflieger an einem Samstag im Juni 2010 ihren Flugbetrieb beendet und packten ihre Flugzeuge in die Autos. Die meisten wollten das Vereinsgelände verlassen. Da fiel dem 78-jährigen ein Motorradfahrer von schmäler Statur auf, der schwarze Schutzkleidung anhatte und den Helm nicht abnahm. „Auch das Visier blieb die ganze Zeit unten“, sagte der Rentner. Er habe ihn drauf aufmerksam gemacht, dass der Modellfliegerbetrieb für diesen Tag beendet sei und es nun nichts mehr zu sehen gäbe. „Ich fahre hier erst weg, wenn ich will“, soll der Motorradfahrer geantwortet haben. Daraufhin machte der Vorsitzende des Modellfliegerclubs den Kraftfahrer darauf aufmerksam, dass er sich auf Privatgelände befinde und nun bitte wegfahren solle. Außerdem wurde es dem Senior mitgeteilt, er ging zu seinem Auto, um seine Fotokamera zu holen. Er wollte sicherheitshalber das Kennzeichen des Motorrades fotografieren.

Der Motorradfahrer unternahm alles, um sein Kennzeichen zu verdecken. Außerdem schlug er dem Geschädigten nach dessen Aussage die Kamera aus der Hand.

„Das nächste, woran ich mich erinnere, war, dass ich plötzlich auf dem Boden lag“, sagte der 78-jährige. Der Angeklagte habe gegen Knie, Achillesferse und Kopf. Das Opfer erlitt einen Nasenbein- und einen Augenhöhlenbodenbruch.

Der Verteidiger sah es keinesfalls so, dass sein Mandant allein durch das Nummernschild des Motorrades als Täter überführt sei. Die Beweisaufnahme habe nicht ergeben, dass sein Mandant der Täter sei. Deshalb könne das Urteil im Zweifel für den Angeklagten nur „Freispruch“ lauten. Die Staatsanwältin sah den Tatvorwurf bestätigt und forderte eine Haftstrafe von zehn Monaten auf Bewährung. Das Urteil ging darüber weit hinaus: Ein Jahr und sechs Monate Haft, ausgesetzt auf zwei Jahre zur Bewährung. „Das Gericht geht davon aus, dass Sie es waren, der sich zu diesem überaus aggressiven Verhalten hat hinreißen lassen, zumal Sie laut Protokoll der Polizei gegenüber erklärt haben, dass Sie das Motorrad niemals verleihen würden (ist)

# Volksfest rund ums Rennen

## Wipperfürther Team siegt in Hückeswagen beim City-Kart

Von NIKLAS PINNER

HÜCKESWAGEN/WIPPERFÜRTH. Höhen und Tiefen wechselten sich beim City-Kart-Rennen in der Hückeswagener Innenstadt ab. Wesentlicher Faktor war das wechselhafte Wetter, es gab viele Rennunfälle und das Veranstalter-Team von Antevont überlegte, den letzten Wertungslauf komplett zu streichen. Letztlich konnten die Teams dann doch an den Start

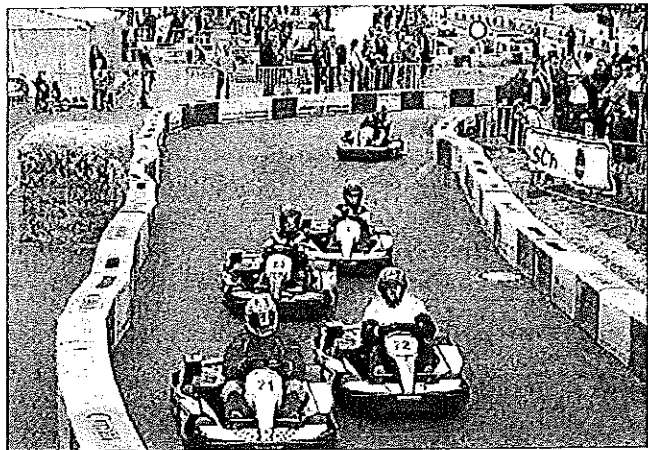
gehen, zum Glück für das Team der Wipperfürther Firma Isyko, die das Rennen gewannen. Auf Platz zwei kam das Team von „Gartopia“ und den dritten Rang belegte Mitarbeiter vom Autohaus Köhler. Trotz der schwierigen Bedingung zogen die Veranstalter ein positives Fazit. Die Teams kämpften mit allen, manchmal nicht korrekten Mitteln um den Sieg. Und wieder wurde einem Fahrer die schwarze Fahne gezeigt!

verkündet der Ansager von der Bühne. Viele hundert Menschen hatten sich auch von dem nasskalten Wettern nicht abhalten lassen, und schauten den Rennfahrern in ihren kleinen Flitzer gebannt zu und feierten sie an. Die ganze Veranstaltung gleicht einer Art Stadtfest, zu der viele Besucher kommen. „Das Wetter macht das Ganze schwieriger heute“, meint ein Zuschauer, der mit seinem Sohn hinter der Streckenbe-

grenzung steht. Tatsächlich machen die wechselnden Witterungsbedingungen das Fahren nicht gerade leicht. Erst regnet es, dann scheint wieder die Sonne. Gerade bei nassem Untergrund wird die Fahrbahn rutschig und gefährlich. Doch davon lassen sich Teilnehmer nicht abschrecken, ordentlich Gas zu geben und auch den Zuschauern gefällig es sehr. Ebenfalls abseits der Rennstrecke wird den Zuschauern etwas geboten: Neben zahlreichen Möglichkeiten zum Essen gibt es unter anderem ein Zelt, in dem der Spielzeughersteller Lego einige seiner Produkte präsentiert.

Eine ganz besonders interessante Möglichkeit, sich so ein Gefühl mal genauer anzuschauen bieten die am Streckenrand ausgestellten Kart. Hier können Motorsport-Fans aus nächster Nähe sehen, wie ein Kart aussieht und funktioniert. Boxengasse, laute Motorengeräusche – das sind Dinge, die die meisten Menschen von der Formel 1 aus dem Fernsehen kennen, doch in Hückeswagen ist all das echt und unmittelbar am Zuschauer dran.

Neben Einzelrennen werden auch Teamrennen gefahren. „Und wieder wird eine Sanktion auf der Strecke verhängt“, tönt es erneut aus den Boxen. Die Motorsportfreunde und Zuschauer kommen bei dem spektakulären in Hückeswagen jedenfalls voll auf ihre Kosten.



Packende Duelle lieferten sich die Rennfahrer auf dem abwechslungsreichen Kurs. (Foto: Döhl)

Die Direktorin des Landschaftsverbandes  
Rheinland



## Vorlage-Nr. 13/1101

öffentlich

**Datum:** 09.05.2011  
**Dienststelle:** Fachbereich 24  
**Bearbeitung:** Herr Hardt / Herr Schmidt

<b>Bauausschuss</b>	<b><u>17.05.2011</u></b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Finanz- und Wirtschaftsausschuss</b>	<b><u>25.05.2011</u></b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Landschaftsausschuss</b>	<b><u>01.06.2011</u></b>	<b>Beschluss</b>

Tagesordnungspunkt:

**Weiterentwicklung der Liegenschaft "Schloss Heiligenhoven"**

Beschlussvorschlag:

**"1. Der Sachstandsbericht zur Liegenschaft "Schloss Heiligenhoven" wird gemäß Vorlage Nr. 13/1101 zur Kenntnis genommen.**  
**2. Die Verwaltung wird beauftragt, weiter nach einem geeigneten Betreiber / Pächter zu suchen, der in der Liegenschaft ein Hotel- und Tagungszentrum betreibt. Die umfänglichen Umbaumaßnahmen sind erst dann zu beginnen, wenn ein Betreiber / Pächter gefunden worden ist, der bereit ist, eine Pacht zu zahlen, die die Maßnahme für den LVR wirtschaftlich abbildbar macht.**  
**3. Die Verwaltung wird ebenfalls beauftragt, parallel zum Verpachtungsprozess, auch einen Veräußerungsprozess für die Liegenschaft in unsaniertem Zustand anzustoßen."**

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

L u b e k

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	<u>Seite</u>
Zusammenfassung	2
1. Derzeitige Beschlusslage	4
2. Ausgangslage, Ist-Zustand und derzeitige Nutzung	3
3. Projekt- und Kostenentwicklung	5
3.1 Konzept 1: Machbarkeitsstudie und Kostenschätzung zur Revitalisierung und Modernisierung des Schlosses von dem Ing.-Büro Ropertz und Partner (RPP) aus dem Jahre 2005	6
3.2 Entwicklungs- und Bewirtschaftungskonzept der Rheinland Kultur GmbH ( RKG) aus dem Jahr 2007	7
3.3 Entwurfsplanung des GLM aus dem Jahre 2010	7
4. Betreiberkonzept	16
5. Option Verkauf	17
6. Beschlussvorschlag	18

## Zusammenfassung

Aufgrund des anhaltenden Leerstandes der Zimmer, des anstehenden Sanierungs- und Modernisierungsbedarfs sowie des unwirtschaftlichen hohen Energieverbrauchs hat der Landschaftsverband Rheinland mit der LA-Vorlage 12/3062 vom 23.04.2008 beschlossen, ein zukunftssträchtiges Gesamtnutzungskonzept in Form einer Modernisierung und eines Umbaus des Hauptgebäudes und der Vorburg zu dem Zentralen Tagungszentrum des LVR zu entwickeln.

Bereits im Jahr 2005 erstellte ein Ingenieurbüro eine Machbarkeitsstudie und Kostenschätzung zur Revitalisierung und Modernisierung der Liegenschaft. Dieses Konzept (Nr. 1) endete mit einer Kostenschätzung von 4,902 Mio €. In diesen Kosten war kein planerischer und kostenmäßiger Ansatz für die Verlagerung der Verwaltung, für die Gastronomie und für ökologische bzw. regenerative Konzepte enthalten.

Basis des Beschlusses 12/3062 war ein von der Rheinland Kultur GmbH (RKG) erstelltes Konzept (Nr. 2) aus dem Jahr 2007, das mit einer Kostenschätzung von 4,91 Mio € endete.

Dieses 2. Konzept basiert auf zusätzlichen Planungsvorgaben, ohne jedoch die Kosten entsprechend fort zu schreiben.

Das in dieser Vorlage beschriebene Planungs-/Betriebskonzept des GLM beinhaltet:

- 41 Einzel-/Doppelzimmer im Hauptgebäude
- 4 Seminarräume für bis zu 180 Teilnehmer
- variable Trennwände für Veranstaltungen bis zu 240 Personen
- Barrierefreiheit für Hauptgebäude und Vorburg
- die Berücksichtigung des Brandschutzes und der Versammlungsstättenverordnung
- die Komplette Umstrukturierung des Untergeschosses
- 2 Seminarräume in der Vorburg
- die Verlagerung der Verwaltung in die Vorburg
- einen Hotelstandard 3 Sterne mit gehobenem Standard

Bei Zugrundelegung des oben beschriebenen Planungsrahmens, ergibt sich ein Kostenvolumen von 7.790.000 €.

Ergänzend zu den vorgenannten Maßnahmen sind eine Reihe von baulich und technisch sinnvollen Optionen realisierbar, die den formulierten Anspruch aus der LA-Vorlage 12/3062 vom 23.04.2008 an die Tagungsstätte Heilgenhoven abrunden würden.

a) Empfehlung des LVR-Fachbereiches Gebäude- und Liegenschaftsmanagement zur sofortigen Umsetzung:

Geothermieanlage, Pavillon in der Parkanlage, Außenanlagen mit den Ausbaustufen I, II und III mit Gesamtkosten von 1.413.120 €.

b) Umsetzung zu einem späteren Zeitpunkt:

Solare Warmwasserbereitung für die Gastronomie, zusätzliche Einrichtungen und Effekte und Neumöblierung der Verwaltung mit Gesamtkosten von 640.000 €.

Die von der Verwaltung errechnete kostendeckende monatliche Pacht beträgt 42.000 € mit einer jährlichen Steigerung um 2 %.

Hinzu kommen verursacherbedingte Betriebskosten, die mit dem Pächter abgerechnet werden müssen.

Gespräche mit verschiedenen Interessenten machten deutlich, dass zwischen der für den LVR kostendeckenden Pachthöhe und der Kalkulation der Interessenten erhebliche Diskrepanzen bestehen.

Die Verwaltung schlägt daher vor, dass neben der Suche nach einem geeigneten Betreiber / Pächter parallel auch ein Verkaufsprozess angestoßen wird.